



MdB Alexander Föhr

# Bericht aus Berlin

März 2024



Liebe Leserinnen und Leser,

In dieser Woche hat der Bundeskanzler eine Regierungserklärung abgegeben - eigentlich zum Thema Gipfeltreffen des Europäischen Rates. Es gab den erwarteten Schlagabtausch zwischen unserem Fraktionsvorsitzendem Friedrich Merz und dem Bundeskanzler. Anhand der Reden und den Zwischenrufen wurde klar, dass die Nerven in der Ampel blank liegen und der Riss zwischen den Koalitionären gerade in der Außenpolitik immer größer wird. Scholz versuchte dann auch vor allem mit innenpolitischen Themen wie der Rentenreform zu punkten. Was ich persönlich von der sogenannten Rentenreform der Ampel-Koalition halte, können Sie dem Newsletter entnehmen.

Neben zahlreichen Initiativen und Anträgen der CDU/CSU-Fraktion gab es auf unseren Antrag hin eine aktuelle Stunde zu Antisemitismus in Bildungseinrichtungen. Ich selbst habe in dieser Woche zwei Mal im Plenum gesprochen, einmal zum Thema internationale Zusammenarbeit in Wissenschaft/Forschung und Hochschulbildung sowie zur Mitgliedschaft des „Square Kilometre Array“- Observatoriums.

Zudem habe ich mit einer Gruppe angehender Bauzeichner aus dem Wahlkreis diskutiert. Diese Termine machen mir immer besonders viel Spaß. Danke für Ihren Besuch!

Ich wünsche Ihnen von Herzen ein schönes und gesegnetes Osterfest!

Viel Spaß bei der Lektüre

Ihr



MdB Alexander Föhr

## Kein Platz für Antisemitismus

### Judenfeindlichkeit in Bildungseinrichtungen mit aller Kraft bekämpfen

Vor mehr als fünf Monaten, am 7. Oktober 2023, hat die Terrororganisation Hamas Israel überfallen und über 1400 unschuldige Menschen kaltblütig umgebracht, viele davon noch Kinder. Noch immer befinden sich zahlreiche Geiseln in den Händen der Hamas, ob sie noch leben, ist ungewiss. Es ist für mich verständlich, über die Angemessenheit der Reaktion Israels zu diskutieren und zu streiten. Und natürlich müssen Fragen über die Situation der Menschen im Gazastreifen gestellt und humanitäre Hilfe geleistet werden. Kritik muss sich aber auf politische Entscheidungen beziehen und darf nicht in der Forderung nach der Auslöschung des Staates Israel und in Judenhass münden! In Deutschland haben Anfeindungen und Angriffe auf jüdisches Leben an Schulen und Hochschulen in hohem Ausmaß zugenommen, jüdische Schüler, Lehrkräfte, Studenten und Wissenschaftler erfahren noch häufiger als zuvor Anfeindungen und Angriffe. So wurde im Februar in Berlin ein jüdischer Student von einem propalästinensischen Kommilitonen krankenhaushausreif geschlagen. Es folgte eine Pro-Palästina-Demo. Auch Antisemitische Vorfälle im Kulturbetrieb – etwa bei der documenta in Kassel oder jüngst bei der Preisverleihung der Berlinale in Berlin – bleiben in der eigenen „Szene“ zu oft unwidersprochen. Antisemitismus ist in Deutschland generell – zu jeder Zeit und an jedem Ort – inakzeptabel. Dies gilt selbstverständlich auch in Bildungseinrichtungen, an Hochschulen sowie im Kunst- und Kulturbereich. Es braucht eine breite gesellschaftliche und parteiübergreifende Reaktion auf die neuerlichen, unerträglichen Vorfälle. Mit einer „Aktuellen Stunde“ auf Antrag unserer Fraktion haben wir die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert. Hochschulgesetze müssen angepasst werden, damit die Möglichkeit der Exmatrikulation insbesondere bei antisemitischen Gewalttaten besteht. Das staatlich vergebene Label der „Exzellenz“ in Wissenschaft und Forschung dürfen aus unserer Sicht künftig nur solche Einrichtungen erhalten, die konsequent gegen Antisemitismus vorgehen. Wir erwarten, dass künftig keine Bundesmittel an Kulturprojekte oder Einrichtungen fließen, die Antisemitismus eine Bühne bieten. Wenn Förderungen bereits erfolgt sind, müssen diese zurückgefordert werden. Wir brauchen eine einheitliche, verbindliche Verpflichtungserklärung gegen Antisemitismus für alle bundesgeförderten Kultureinrichtungen. Antisemitismus darf in Deutschland im Allgemeinen und in Bildungseinrichtungen, in Kunst und Kultur im Besonderen keinen Platz haben. *Bild: CDU/Aykhan Guliyev*





## **Ampel fordert, was sie nicht hält**

### **Meine Rede zur Internationalisierung von Wissenschaft und Hochschulen**

Wissenschaft und Hochschulbildung waren schon immer grenzübergreifend. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich dies glücklicherweise weiter verstärkt. Heute werden durch weltweite Kooperation, oder weltweiten Wettbewerb, neue Erkenntnisse gewonnen, durch freie Kommunikation wird Wissen verbreitet und geprüft. Durch gemeinsame Standards vergrößern sich Fortschritt und Wohlstand. Deutschland ist zu einem Top-Wissenschaftsstandort geworden. Mit starker deutscher Beteiligung haben internationale Bildungs- und Forschungsnetzwerke zum Zusammenwachsen der europäischen Länder und zum Aufbau von Wissenschaftsstrukturen beigetragen.

In ihrem Antrag, den wir am Donnerstagmittag abschließend debattiert haben, sprechen sich SPD, Grüne und FDP dafür aus, die Internationalisierung zu stärken, die Förderung für internationale Talente voranzutreiben und bestehende Programme in diesem Bereich weiterzuentwickeln. Den Forderungen stimme ich vollkommen zu. Nur handeln die Ampelfraktionen in der Realität entgegengesetzt. Zum zweiten Mal in Folge hat die Ampelregierung versucht, beim Deutschen Akademischen Austauschdienst, bei der Alexander von Humboldt-Stiftung, bei den Goethe Instituten und bei deutschen Auslandsschulen die Mittel zu kürzen. Dabei sind es gerade diese Organisationen, die die Internationalisierung von Wissenschaft und Hochschulen seit der Gründung der Bundesrepublik maßgeblich vorgebracht haben. Die wichtigste Maßnahme zur Stärkung unserer weltweiten Vernetzung ist es deswegen, die erfolgreichen Vermittlerorganisationen ausreichend zu finanzieren. In meiner [Rede](#) war es mir wichtig, auf den Widerspruch zwischen Reden und Handeln bei der Ampel aufmerksam zu machen. In der Hoffnung auf Besserung...



## Ungedeckte Schecks

### Meine Rede zur Mitgliedschaft beim Superteleskop SKAO

Am Donnerstagabend haben wir im Bundestag den Gesetzesentwurf zur Mitgliedschaft beim „Square Kilometre Array“-Observatorium (SKAO) debattiert. Eine Großforschungseinrichtung konzipiert, um uns nicht weniger als die verborgene Struktur des Weltraums zu enthüllen und gleichzeitig das weltweit größte zivile Projekt in den Bereichen Big Data und Data analytics. Ein fantastisches Vorhaben.

Genauso fantastisch klingt die Finanzierung. Keine neuen Kosten für den Steuerzahler. Die finanziellen Verpflichtungen übernimmt bis 2030 die Max-Planck-Gesellschaft.

Ist es da ein Problem, dass Forschungsministerin Stark-Watzinger diese schöne Mitgliedschaft in Eigenregie vereinbar hat. Ja, das ist es. Denn Begebenheiten, die zu schön klingen, um wahr zu sein, haben im Regelfall einen Haken.

Beim SKA-Observatorium braucht man nicht lange zu suchen. Denn Deutschland war bereits einmal Mitglied beim Observatorium – bis das Forschungsministerium (BMBF) die Mitgliedschaft aufgrund erheblicher Mehrkosten bei anderen Großforschungseinrichtungen beenden musste. Deutschlands Ressourcen sind, leider auch bei wissenschaftlich sehr sinnvollen Projekten, endlich.

Acht Jahre nach dem Austritt wird Deutschland jetzt wieder Vollmitglied. Während die Finanzierung für andere Großforschungseinrichtungen ungeklärt ist und Deutschland gewaltig in Vorleistung gehen muss. Während der Haushalt des BMBF, ohne erkennbare Gegenwehr der Forschungsministerien, zusammengestrichen wird. Während der eigene Staatssekretär im Forschungsausschuss aussagt, wir hätten bereits genug Großforschungseinrichtungen.

Was also tun, sollte es auch beim Observatorium zu höheren Kosten kommen? Und wie geht es 2030 mit der Finanzierung weiter, wenn Frau Stark-Watzinger wahrscheinlich längst nicht mehr Ministerin ist? „SKAO“ ist wissenschaftlich begrüßenswert, aber es braucht eine seriöse Finanzierung. Die Debatte zum Superteleskop können Sie [hier](#) jederzeit nachverfolgen.



## **Bezahlkarte endlich einführen**

### **Länder brauchen Verlässlichkeit**

Der Zustrom von Asylbewerbern ist ungebrochen. Leider wollen viele Vertreter der Ampel immer noch nicht wahrhaben, dass die umfassenden sozialen Leistungen in Deutschland anziehend wirken. Das zeigt die hohe Sekundarmigration aus anderen EU-Staaten. Bisher ist die Ampelkoalition sehr verhalten, was die Umsetzung von Plänen zur Reduzierung des Flüchtlingsstroms angeht. Erst auf großen Druck von CDU und CSU erklärte sich beispielsweise der Bundeskanzler in der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November 2023 dazu bereit, die Rechtsgrundlage für die bundesweite Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber zu schaffen. Mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bestand Einigkeit in der Zielsetzung, Barauszahlungen an Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) weiter einzuschränken. So sollen nicht nur Anreize zur irregulären Migration nach Deutschland reduziert, sondern auch der Verwaltungsaufwand bei den Kommunen minimiert werden. Hierzu sollen bundesweit Leistungen durch die Ausgabe von Bezahlkarten gewährt werden können. Notwendigen gesetzlichen Anpassungsbedarf im AsylbLG wollte die Bundesregierung zeitnah auf den Weg bringen. Bisher liegt aber immer noch kein geeinter Gesetzentwurf der Regierungskoalition vor, da die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen der eigenen Bundesregierung die Zustimmung verweigert. Diese neueste Episode im endlosen Streit der Bundesregierung sagt viel über die mangelnde Autorität des Bundeskanzlers in seiner eigenen Koalition aus.

Die Tatenlosigkeit der Regierung im Bereich der Migrationspolitik ist nicht länger hinzunehmen. Dem Wunsch der Bundesländer folgend, haben wir nun einen eigenen Gesetzentwurf für eine rechtssichere Grundlage für die Einführung von Bezahlkarten vorgelegt. Angesichts des aktuellen Zustroms von Asylbewerbern, der die Kommunen überfordert und Deutschland an seine Belastungsgrenze bringt, ist es richtig, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz möglichst in Form von Sachleistungen oder mittels Bezahlkarte zu erbringen.

*Foto: CDU / Lena Weber*



## **Rentenpaket II**

### **Ohne Konzept und Weitsicht**

Voller Stolz präsentierten uns vergangene Woche Arbeitsminister Heil und Finanzminister Lindner ihr neues Rentenkonzept. Ich frage mich, warum der Aufschrei gerade der jungen Generation gegen die Pläne der Regierung nicht größer ist.

Mit der groß angekündigten Aktienrente hat das Modell der Ampel nichts zu tun. Während man beim viel gelobten schwedischen Modell einen Teil der Rentenbeiträge individuell anlegen kann und davon auch direkt profitiert, ist das in Deutschland völlig anders. Um die Beiträge irgendwie stabil zu halten, soll ein Kapitalstock aufgebaut werden.

Dazu will der Bund in diesem Jahr 12 Milliarden Euro aus einem Fonds einzahlen, welcher für die kerntechnische Entsorgung vorgesehen war. Ein Trick, die Schuldenbremse zu umgehen. In den Folgejahren Jahren sollen die Einzahlungen jeweils um drei Prozent anwachsen. Zudem sollen bis 2028 Vermögenswerte des Bundes von 15 Milliarden Euro in den Fonds übertragen werden. Bis Mitte der 2030er Jahre soll so ein Kapitalstock von mindestens 200 Milliarden Euro zusammenkommen.

Der einzelne Beitragszahler kann aber weder auf seine eigenen Beiträge zugreifen, noch sind diese vor staatlichem Eingriff im Zuge einer Zweckentfremdung im Haushalt geschützt. Das ist keine Aktienrente, sondern ein zusätzlicher, schuldenfinanzierter Bundeszuschuss und hat somit keinerlei Ähnlichkeit mit der Ursprungsidee. Gleichzeitig hat die Ampel zugesagt, das Rentenniveau von 48% bis 2039 zu garantieren.

Tatsache ist, dass vor allem die junge Generation durch die Ampelpläne erhebliche Mehrbelastungen zu erwarten hat. Durch noch weniger Netto vom Brutto wird neben der privaten



MdB Alexander Föhr

Altersvorsorge auch das Leben im Allgemeinen zusätzlich verteuert, eine klare Ungleichbehandlung und damit auch ein schwerwiegender Bruch des Generationenvertrags.

Eine Stabilisierung des Rentenniveaus, ohne gleichzeitig ein der demographischen Entwicklung Rechnung tragendes System zu implementieren, ist schlichtweg unseriös und unfair gegenüber der jungen Generation. Der Beschluss der Ampel ist weder durchdacht, gerecht noch finanzierbar und steht somit sinnbildlich für den aktuellen Zustand unserer Bundesregierung.

Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Natürlich muss die Rente auskömmlich sein. Dies aber allein durch neue Schulden und durch die Beitragszahler zu finanzieren, denen immer weniger Netto vom Brutto bleibt und die damit selbst kaum noch vorsorgen können, ist einfach nicht gerecht. Schließlich macht der demografische Wandel nicht Halt vor der schlechten Ampelpolitik.

Finanzierten in den 60er Jahren noch sechs Arbeitnehmer einen Rentner, muss diese Aufgabe heutzutage von 1,8 Beitragszahlern gestemmt werden – Tendenz weiter fallend, vor allem, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen.

Mit 120 Milliarden Euro macht der Bundeszuschuss zur Rente schon heute mehr als 25 Prozent des Gesamthaushalts aus und ist damit bereits jetzt der größte Einzelposten im Haushalt. Durch zusätzliche Schulden und die kommende Zinslast ist die Tendenz weiter steigend. Und die weiteren Sozialgeschenke der Ampel sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Der FDP-Haushaltspolitiker Christoph Meyer hat es aufgrund des aktuell vorgelegten Tragfähigkeitsberichts des Wirtschaftsministeriums deutlich gemacht: „Der Tragfähigkeitsbericht zeigt, ohne starkes Wirtschaftswachstum ist der üppige Sozialstaat zukünftig nicht mehr finanzierbar.“ Ich hoffe, dass sich diese Erkenntnis schnell bei den anderen Politikern der Ampel durchsetzt und es so zu einem wirklichen Reformwillen kommt. Wir sind zu Gesprächen bereit.

Foto Elisabeth Allmendinger



MdB Alexander Föhr



## Union für neue Grundsicherung Reformpläne zum Bürgergeld

Immer wieder wird über soziale Gerechtigkeit diskutiert. Ohne Frage ist es richtig, dass der Staat sich um die Menschen kümmert, die nicht arbeiten können. Diese Menschen brauchen die Unterstützung der Solidargemeinschaft. Dabei suggeriert der von der Ampel eingeführte Name „Bürgergeld“ aber das Gegenteil. Deswegen wollen wir mit der „Neuen Grundsicherung“ deutlich machen, dass die Grundsicherung nicht jedem zusteht, sondern eine Unterstützungsleistung für Hilfsbedürftige ist. Für mich ist klar: Die große Mehrheit der Menschen in der Grundsicherung will arbeiten und versucht, das System zu verlassen. Diese Menschen müssen wir besser unterstützen. Eine Minderheit, die sich nicht an die Regeln hält bzw. diese ausnutzt, bringt aber das gesamte System in Verruf.

Ich bin deswegen auch immer wieder mehr als verwundert, wenn ich höre, was aus Teilen der Ampel noch für Forderungen zum Bürgergeld kommen: mehr, leichter, länger! Dabei scheinen sie zu vergessen, dass das Geld, das sie verteilen, erst einmal von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verdient werden muss.

Wir wollen als Union deswegen wieder auf das Prinzip des Förderns und Forderns setzen. Wer arbeiten kann soll das auch tun und hier muss und sollte der Staat viel Energie zur Unterstützung einsetzen.

Bei "Totalverweigerern" zumutbarer Arbeitsangebote soll künftig davon ausgegangen werden, dass keine Bedürftigkeit mehr vorliegt und daher die Leistungen entfallen. Kinder und Partner sollen unter dem Verhalten nicht leiden.

Zudem wollen wir den Sozialleistungsmissbrauch stärker bekämpfen, gleiches gilt auch für die Schwarzarbeit. Um es noch einmal deutlich zu machen, auf Dauer ist unser heutiges Sozialsystem nicht mehr zu finanzieren. Wir müssen deswegen Mechanismen schaffen, die Menschen aus der Grundsicherung in Arbeit zu bringen, damit der Staat den wirklich Bedürftigen weiterhin helfen kann. Unsere konkreten Vorschläge finden Sie [hier](#). Foto Christiane Lang





## Termine im Wahlkreis

Nach zwei ereignisreichen und spannenden Sitzungswochen geht es heute zurück in die Heimat. Ruhiger wird es da aber nicht. Auf dem Programm stehen zahlreiche Gesprächstermine unter anderem mit der Schornsteinfegerinnung, Apothekerinnen und Apothekern sowie Landwirten.

Am kommenden Montag, 25. März 2024, ist unser CDU-Landesvorsitzender Manuel Hagel MdL um 17:00 Uhr zu Gast im Schloss Leutershausen und ab 19:00 Uhr im DAI in Heidelberg. Interessenten sind herzlich willkommen, ich würde mich sehr freuen, den einen oder anderen von Ihnen dort zu treffen.

Am kommenden Dienstag freue ich mich sehr auf den Jahresempfang der Lebenshilfe e.V. in Heidelberg.

Auch stehen wieder zahlreiche „Föhr vor Ort“ Termine an. In der Woche vor Ostern bin ich unter anderem in Ladenburg, Ilvesheim, Dossenheim und Schriesheim, in der Woche nach Ostern in Eppelheim und Hemsbach. Kommen Sie vorbei, ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen.

Zwischendrin ist Ostern! Ich freue mich auf ein paar schöne Tage und die Zeit mit meiner Familie, natürlich besonders auf das Ostereiersuchen mit meinen Kindern.



MdB Alexander Föhr

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie in Zukunft diesen Newsletter direkt in die E-Mail eingebettet und an Bildschirm, Tablet oder Smartbeziehen angepasst erhalten möchten, melden Sie sich bitte über meine Homepage an. Über diesen [Link](#) kommen Sie direkt auf die entsprechende Seite. Geben Sie den Link auch gerne weiter!

## KONTAKT

Berliner Büro

Anschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: [alexander.foehr@bundestag.de](mailto:alexander.foehr@bundestag.de)

Telefon: 030 227 75830

Wahlkreisbüro

Anschrift: Gewerbestraße 2-4, 69221 Dossenheim

E-Mail: [alexander.foehr.wk@bundestag.de](mailto:alexander.foehr.wk@bundestag.de)

Telefon: 06221 608080